

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis: Das Millimeter 6 Rpf., Reklamen 20 Rpf. für auswärts, sowie Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche u. Finanz-Anzeigen 10 Rpf. Reklamen auswärts 30 Rpf. Geschäftsstelle: Brühl, Schloßstraße 23.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 RM. Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände regelt fertigen keine Erstattungsprache.

Nr. 177

Mittwoch, 8. August 1928.

81. Jahrgang.

Eine Amnestie des Reichsfinanzministers

Berlin, 6. Aug. 1928.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat soeben an den Reichstag eine Nachweisung über die Festsetzung und den Erlaß von Geldstrafen für hinterzogene Steuern u. d. Abgaben aus dem Jahre 1927 gelangen lassen. Durch diese Amnestie, die in den betroffenen Wirtschaftskreisen zweifellos große Befriedigung auslösen wird, sind rund 10,6 Mill. Mark einer rechtmäßig festgesetzten Geldstrafe erlassen worden. Es handelt sich hierbei wesentlich um Fälle, wo keinerlei Abwilligkeit vorliegt, oder für welche schwere wirtschaftliche Not als Milderungsgrund angeführt werden kann. Bei den Einzelsteuern (Einkommensteuer, Kapitalertrags-, Körperschafts-, Umsatz-, Vermögens- und so weiter Steuern) sind zwar nur 2491 von 31 580 Fällen. Immerhin bedeuten diese ein Geschenk von rund 1 1/2 Millionen Mark für die Betroffenen. Die meisten Gnadenurteile, nämlich 561, erfolgten für Berlin, das 2551 Steuerhinterziehungsfälle mit rund 1 1/2 Millionen M. Geldstrafe gehabt hatte. Die 561 amnestierten Fälle befreiten von einer Geldstrafe von Mark 290 000. Stuttgart mit 2878 Straffällen erhielt in 247 Fällen Straferlaß. Noch erheblich trasser liegt der Fall im Finanzamtsbezirk Münster, wo von 2826 Fällen nur 59 durch Erlaß der Geldstrafen erfüllt wurden. Auf dem Gebiete der Zölle sowie der Einfuhr- und Ausfuhrverbote waren 11 947 Einzelfälle mit 95 560 208 Mark Geldstrafen befreit

worden, von denen 2665 Verurteilungen zu 6 040 539 Reichsmark Geldstrafen durch Gnadenurteil erlitten. In dieser Kategorie stand Köln mit 4655 Einzelfällen, von denen 1303 amnestiert wurden, an der Spitze, Berlin hatte z. B. nur 16 solcher Fälle, von denen sechs erlassen wurden. Daß aber hierbei die Hauptrolle die Summen spielen, ergibt sich daraus, daß Darmstadt an der Spitze steht, in dessen Bezirk für 14 Einzelfälle nicht weniger als 76 458 849 Reichsmark Geldstrafen festgesetzt wurden. Also über Zweidrittel der Gesamtsumme des Reiches. Nur zwei Fälle wurden hier amnestiert. Von den Vergehen gegen das Branntweinmonopolgesetz einschließlich der Eßigsäuresteuer, die insgesamt 1477 Einzelfälle mit mehr als 25 Millionen Reichsmark Geldstrafen darstellten, wurden 303 Fälle mit rund 1,8 Millionen Mark amnestiert.

Schließlich kamen die Hinterziehungen von Verbrauchsabgaben, also Tabak, Bier, Zucker usw., in Frage. Hier wurden 19 478 Fälle von Hinterziehungen festgestellt, die mit 131 963 671 Reichsmark Geldstrafen belegt wurden. Davon entfielen 1450 Fälle mit rund 1,2 Millionen Mark Geldstrafe unter den Gnadenurteil. Trotzdem somit, wie gesagt, über 10 Millionen Mark erlassen wurden, hatte das Reich im Jahre 1927 noch nicht weniger als 247 386 631 Reichsmark Einnahmen allein aus rechtskräftig festgesetzten Geldstrafen für die Hinterziehung von Steuern und Verbrauchsabgaben.

Die Not der Grenzgebiete

Glänzende Kundgebung des 48. Verbandstages des Verbandes RRV in Karlsruhe

Im prächtigen Ruppelbau von St. Stephan wurde der Kongreß am Donnerstag Morgen mit einem Gottesdienst eröffnet. Generalpräsident Albro sprach über die Aufgabe des Verbandes, Christi Reich zu verwirklichen im Leben des Einzelnen, in der Familie und im Beruf. Im Bewußtsein der Schwere seiner Verantwortung und der Tiefe seiner Sendung möge der Kongreß an der Verwirklichung seiner Ziele arbeiten. Da alles Vollbringen von Gott komme, flehen wir um Gottes Segen. Wie alljährlich auf dem Kongreß erneuerten die Verbandsmitglieder dann durch ein feierliches Gebet die Weihe des Verbandes an seine Patronin, die Mutter Gottes.

Die Eröffnungssitzung

Im Festsaal wurde ausgezeichnet durch die Teilnahme vieler Ehrengäste. Nach feierlichen Musikvortrügen der Karlsruher Polizeikapelle hielt der Verbandsvorsitzende Fabrikant Kraus, die Eröffnungssprache. Er konnte u. a. begrüßen den badischen Justizminister Dr. Trunt, den ersten Bürgermeister von Karlsruhe Sauer, Bürgermeister Schneider, die Reichstagsabgeordneten Gerig, Nientimp, Bielefeld, Naueim, Hofmann (Ludwigshafen) und Schönborn, die badischen Landtagsabgeordneten Eberhard und Kuhn, die preußischen Landtagsabgeordneten Altegoer, Jensen und Verhulsdonk und den hessischen Landtagsabgeordneten Studenrat Heintz. Der Verbandsvorsitzende dankte den Parlamentariern für ihr zahlreiches Erscheinen. Er folgerte daraus, ihre Abfahrt, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß für die Folge ein engeres und damit fruchtbareres Zusammenarbeiten zwischen den Parlamenten und dem RRV eintreite. Weitere herzliche Begrüßungsworte gelten den zahlreich erschienenen Vertretern der Industrie- und Handelsorganisationen und vieler katholischer Verbände. Nach innigem Gedenken der im letzten Jahre gestorbenen Veteranen des Verbandes entwickelte der Verbandsvorsitzende dann das Programm des Karlsruher Verbandstages.

Er will sich in den Dienst des Grenz- und Auslandsdeutschums stellen, ein Problem, zu dem auch die katholischen Kaufleute etwas Besonderes zu sagen haben. Sie wollen sich mit in die Reihe derer stellen, die bewußt die möglichst schnelle Wiedervereinigung der abgetrennten Gebiete mit dem deutschen Mutterlande fördern, die auch den außerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle lebenden sogenannten Auslandsdeutschen das natürliche Recht der Selbstbestimmung erkämpfen und nicht raufen und ruhen wollen, bis das vergewaltigte Recht auf allen Gebieten wiederhergestellt und der Völkerverbund wirklich zu einem Instrument des Rechts und der Gerechtigkeit allen Völkerverbündeten gegenüber geworden sein wird. Wir hoffen noch zu erreichen, daß nicht nur die

Vertreter der abgetrennten Gebiete wieder in den Reichstag einzeln, sondern daß auch österreichische Deutsche in ihn eintreten werden.

Unter dem stürmischen Beifall des Verbandstages wurde hierauf nach den Vorschlägen der Verbandsleitung zum ersten Präsidenten des Kongresses Senator Fuchs aus Danzig gewählt und als Vizepräsidenten Verlagsdirektor Hall-Saarbrücken und Direktor Stante-Ratibor. Die Gewählten dankten in kurzen Ausführungen, wobei besonders Senator Fuchs die Genugung zum Ausdruck brachte, daß der Kongreß sich so entschieden der „Ausländer“ annehme. Alle Abgeordneten seien entschlossen, ihr Deutschum für immer hochzuhalten und seien sicher, daß die Aktion des Verbandes der deutschen Sache in den Grenz- und abgetrennten Gebieten von großem Nutzen sein werde. Die durch die Wahl des Kongreßpräsidenten eingeleitete Kundgebung für die Grenz- und Auslandsdeutschen wurde durch das Referat fortgeführt, das jetzt Verbandsdirektor Wages (Essen) hielt. Sein Thema war:

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Grenzgebiete unter besonderer Berücksichtigung der Westgrenze.

Die Rede gab ein plastisches Bild von der seelischen und wirtschaftlichen Bedrängnis, in die der Versailer Frieden die Grenzgebiete gebracht hat. In erschütternder Klarheit — hier sprechen Zahlen und Tatsachen — stand vor den Zuhörern insbesondere die Not des besetzten Gebietes. Große Industrien haben sich wirtschaftlich völlig umstellen müssen, da sie die bisherigen Bezugsgebiete sowohl wie die Absatzgebiete verloren hatten. Gewiß ist manches von der Regierung zur Milderung der größten Not geschehen. Unverkennbar fehlt der Redner die vielen Verdienste der Zentrumsabgeordneten Hofmann-Ludwigshafen, Esser und v. Guérard bei der Vermittlung von Zuschüssen und Krediten für die besetzten Gebiete hervor. Auf diesem Wege sei freilich das ganze Problem nicht zu lösen. Der Hebel muß auf dem Gebiet der Verkehrspolitik angelegt werden. Durchgreifend kann dies im besetzten Gebiet erst nach dem Verschwinden der Befragung geschehen, da diese jeden Ausbau neuer Verkehrswege verhindert. Nicht nur die nationalpolitischen Kreise stehen hinter dieser Forderung, sondern laut und deutlich verlangen alle Kreise und Bevölkerungsklassen, daß der unsinnige und ungerechte Druck der Befragung von uns genommen wird. Das klar zu sagen, ist der erste Zweck dieser RRV-Kundgebung. „Der Völkerverbund soll in diesem Falle einmal zeigen, daß es ihm ernst ist um die Befriedigung der Völker und daß ihm ausreichende Machtmittel zur Verfügung stehen, sich auch einem sogenannten prominenten Mitgliede gegenüber durchzusetzen.“ Das zweite, was diese Kundgebung sagen will, ist, daß alle katholischen Kaufleute die bedrängten Brüder in

den Grenzländern durch Erteilung von Aufträgen unterstützen sollen. Bei gutem Willen läßt sich vieles auch in dieser Beziehung erreichen. Besuchen wir auch die Wälder des besetzten Gebietes und lassen wir uns nicht deshalb abhalten, weil die eine oder andere Unbequemlichkeit in der Befragung des Personalausweises oder dergleichen verbunden ist.“ Ein drittes soll dann diese Kundgebung allen zum Bewußtsein bringen: es handelt sich um altes deutsches Kulturland: unschätzbare Werte gehen verloren, wenn wir diese Gebiete verelenden lassen. Im Westen geht es um die Erhaltung der großen Kultur am deutschen Rhein, ja um den schönen deutschen Rhein selbst. „Sorge jeder an seinem Plage, daß den Grenzgebieten geholfen wird, halten wir die Bruderkette in uns wach. Es handelt sich um eine große und hochbedeutsame Frage für Volk und Vaterland!“

Stürmischer Beifall bewies die einstimmige Zustimmung des Kongresses. Die folgenden Begrüßungsreden untertrugen gleichzeitig die programmatrischen Forderungen der Kundgebung. Der Vizepräsident des badischen Staatsministeriums, Minister Trunt, führte dabei aus, auch Baden mit seiner langen Rheinfront sei neues Grenzland und trage schwer unter dieser Last. Er forderte auf zu einem einmütigen Protest gegen die von Generalagenten Parker Gilbert vertretene Auffassung, daß Deutschland wieder stark genug sei, die ihm durch das Friedensdiktat auferlegten Lasten zu tragen. In dieser schweren Zeit müsse sich die deutsche Solidarität betätigen. Sie verbiete der deutschen Handelsbilanz ihre Not hinsichtlich des Konsums noch zu verschlechtern, sie fordere auch, daß keiner der so schwer leidenden Landesteile sich in den Vordergrund schiebe.

Erster Bürgermeister Sauer (Karlsruhe) dankte dem Verbands, daß er die Grenzlandnot durch Referate von wirklich sachverständigen Personen der Öffentlichkeit so nachdrücklich vor Augen führe. Reichstagsabgeordneter Hofmann (Ludwigshafen), der für alle erschienenen Parlamentarier sprach, erklärte, es sei besonders bedeutsam, daß hier nicht Parlamentarier, sondern die Männer der Wirtschaft die Unhaltbarkeit der Verhältnisse im besetzten Gebiet und im Grenzlande darlegten. Nicht Forts und Kanonen schützen heute das Vaterland, sondern Wirtschaft und Kultur. Deshalb muß auch unsere Grenzpolitik neue Wege gehen. Aus dem Ministerium für die besetzten Gebiete muß ein solches für die besetzten und die Grenzgebiete werden. Die Parlamentarier würden das Ergebnis des Karlsruher Kongresses zu würdigen wissen und das, was hier die Wirtschaftstreue auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen forderten, gesetzgeberisch auszuwerten suchen. Abg. Hofmann schloß mit dem Ruf: „RRV und Zentrum Hand in Hand, zum Wohl für Volk und Vaterland!“

Nach weiteren Ansprachen schloß die Kundgebung mit dem gemeinsamen Gesang: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Die geschlossene Sitzung am Nachmittag beschäftigte sich mit dem Geschäftsbericht und internen Angelegenheiten des Verbandes. Am Abend folgte ein vom Verein Karlsruhe glänzend durchgeführter Begrüßungsabend.

Der Reichsbahnuntersuchungsausschuß ernannt

Vom Reichsverkehrsminister sind nunmehr die Mitglieder für den Untersuchungsausschuß ernannt worden, der die Verhältnisse bei der Reichsbahn, insbesondere bezüglich der Sicherheitsfragen, untersuchen soll. Die Arbeiten des Ausschusses sollen unverzüglich beginnen. In den Ausschuß sind nachstehende Persönlichkeiten berufen worden: der Reichstagsabgeordnete Dr. Quack und Scheffel, die Professoren für Eisenbahnwesen Dr. Halter von der Technischen Hochschule in München und Dr. Binack von der Technischen Hochschule in Stuttgart, der Verbandsgehaltsführer Groß, vom Hauptbeamtenrat bei der Deutschen Reichsbahn der Vorsitzende Eisenbahnerinspektor Mondorf, vom Hauptbetriebsrat bei der Deutschen Reichsbahn der Vorsitzende hatte von der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer der Lokomotivführer Paul Seife aus Dittersbach (Walbenberg) vom Reichsverkehrsministerium der Geheimrat Oberbaurat Zirkler (Betrieb) und der Oberregierungsrat Dr. Meingruber (Eisenbahnsicherungs-wesen), und von der Deutschen Reichsbahngesellschaft der Reichsbahndirektor Dr. Fromm (Dienstverhältnisseangelegenheiten) und der Vizepräsident Ernst (Oberbaufragen). Der Kommission gehören Persönlichkeiten aus allen Teilen des Reiches an. Unter ihnen befinden sich besonders solche aus Süddeutschland. Es steht im Augenblick noch nicht endgültig fest, ob der Ausschuß vor-

Politische Neuigkeiten

Der Reichspräsident hat sich nach Kiel begeben, um dort an dem Kaiserjubiläum der Flotte teilzunehmen.

Vom Reichsverkehrsminister ist eine Verordnung über die Einführung einer neuen Eisenbahn- und Betriebsordnung erlassen worden, die am 1. Oktober in Kraft tritt. Die Verordnung enthält wichtige Bestimmungen über den Oberbau und die sonstigen Eisenbahnanlagen, den Betrieb usw.

Anläßlich des 150. Geburtstages Ludwig Jahns am 11. August wird vor der Preussischen Hochschule für Leibesübungen, der früheren Landesturnanstalt, in Spandau ein Jahngedenkstein gesetzt werden.

Wie verlautet, soll der erste Probeflug des neuen Zeppelin-Luftschiffes doch noch im August stattfinden.

Karl Jaworek, der bekanntlich vor einigen Jahren einen Revolveranschlag auf Dr. Seipel verübt hatte, ist nunmehr verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in St. Pölten zugeführt worden.

Nach einer Information des Zentralfinanzamt soll Staatssekretär Kellogg die Absicht haben, vor seinem Eintreffen in Paris in London vorzusprechen.

Ueber London haben Luftmanöver begonnen, die bis zum 19. August dauern werden.

Nach einer Meldung aus Superior im Staate Wisconsin hat Coolidge Pressevertretern gegenüber die Meinung geäußert, daß die Wahl Hoovers mit Sicherheit zu erwarten sei. Coolidge sagte dann seine Teilnahme an dem Wahlkampf zu Gunsten Hoovers zu.

Nach amerikanischen Feststellungen an Ort und Stelle sind an der polnisch-litauischen Grenze keine Truppenkonzentrationen wahrzunehmen.

In Angora sind 4 türkisch-russische Verträge abgeschlossen worden.

erst in Berlin zusammentreten und von hier aus seine Untersuchungen beginnen wird oder ob sich nur die in der Hauptstadt oder in Preußen wohnenden Persönlichkeiten in Berlin versammeln und von hier nach Süddeutschland reisen werden, um sich dort mit den süddeutschen Mitgliedern der Kommission zu treffen, denn die hauptsächlichsten Untersuchungen sollen ja in Süddeutschland und vor allem in Bayern vorgenommen werden. Die Kommission wird in einem Sonderzug reisen. Die Untersuchungen sollen mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Man nimmt an, daß sie in wenigen Wochen abgeschlossen sind. Nach Beendigung der Ermittlungen des Ausschusses beschäftigt, wie gemeldet, die Reichsbahnverwaltung eine ausführliche Denkschrift zu veröffentlichen, in der die Verhältnisse bei den deutschen Eisenbahnen eingehend dargelegt werden. Bei der Unfertigkeit dieses Dokuments wird die Reichsbahn in engstem Einvernehmen mit dem Ausschuß arbeiten. Nach Abschluß der Arbeiten der Untersuchungskommission wird sich die Reichsbahnverwaltung im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister schnellstens darüber klar werden, welche Maßnahmen neben den bereits jetzt eingeleiteten ergriffen werden sollen.

Dormmüller in Bayern.

München, 7. August. Ueber die Befähigungsfahrt des Generaldirektors der Reichsbahn, Dr. Dormmüller, wird gemeldet, daß Montagmittag durch Dr. Dormmüller in Begleitung des Leiters der Gruppenverwaltung Bayern, des Staatssekretärs Dr. von Frank, die Befähigung der Unfallstelle bei Siegelstorf erfolgte. Abends besuchte Dr. Dormmüller dann Dinkelscherben. Dort sollen Versuche ergeben haben, daß die Weiche fehlerhaft auf Gleis 4 eingestellt werden konnte und dennoch die Einfahrt auf Gleis 3 angezeigt wurde. In Augsburg hat Dr. Dormmüller einen Teil der Verletzten aufgesucht. Nach München zurückgekehrt, machte Dr. Dormmüller Pressevertretern gegenüber Mitteilungen über die Betriebssicherheit auf der Reichsbahn. In ihren Interessen dürften Geldmittel keine Rolle spielen. Rücksichtslos müsse vorgegangen werden, wo sich Lücken gezeigt hätten. Die Sicherheit stehe über der Selbständigkeit und in dieser Frage gäbe es keinen Unterschied zwischen Nord und Süd. Zum Schluß widersprach Dr. Dormmüller den Blätterstimmen, die die Betriebssicherheit bei der Reichsbahn in Verbindung brachten mit den Reparationszahlungen.

Die Reichsbahn

Wm. Die Bezeichnung der Reichsbahn als „Damesbahn“ ist eine gehässige und ungerechtfertigte Herabsetzung. Das sieht so aus, als ob sie sich als Beauftragte der ausländischen gegenüber dem deutschen Volke vernachlässige, als ob sie sich als Beauftragte der ausländischen Gläubiger, nicht aber als Sachwalter des größten deutschen Wirtschaftsunternehmens fühle. Schließt die Bezeichnung als „Damesbahn“, sofern das eine Kritik sein soll, weit über das Ziel hinaus, so ist das auch mit der Kritik der Fall, die die Ursache der Eisenbahnunfälle der jüngsten Zeit hauptsächlich in kleinräumlichen Eigenbröckeln sehen will. Daß die Reichsbahn zentral geleitet werden muß, ergibt sich schon aus ihrer Aufgabe im Rahmen des Damesplanes. Wenn die Reichsbahn jährlich fast 700 Millionen Mark für den Zinsendienst und andere Rücklagen aufbringen muß, so setzt das eine zentralistische Verwaltung voraus. Daß in einem Lande mehrere Eisenbahngesellschaften unabhängig voneinander bestehen können, zeigt das Beispiel Frankreichs und Englands. In beiden Ländern sind die Eisenbahnen nicht verstaatlicht, wenn die Regierungen auch ein Aufsichtsrecht ausüben. Im allgemeinen läßt sich wohl sagen, daß die Selbständigkeit der einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen vor dem Kriege weder in verkehrstechnischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht eine glückliche Lösung war. So bestanden allein in Süddeutschland drei große Eisenbahnverwaltungen, nämlich die Bayerns, Badens und Württembergs. Gewiß hatten die einzelstaatlichen Verwaltungen zum Teil vorzügliche verkehrspolitische Einrichtungen getroffen. Aber dafür gab es auf der anderen Seite an den Landesgrenzen sogenannte „Eisenbahnwälder“. Viele Grenzorte mußten ohne Eisenbahnverbindung bleiben, weil es nicht möglich war, dieser Verbindung über die Grenze hinaus den Anschluß zu sichern.

Es ist wahrscheinlich, daß ohne den Krieg es noch und nach noch zu einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens gekommen wäre. Preußen und Sassen hatten ja schon den Anfang gemacht. Der Druck, den die große preussisch-sächsische Eisenbahngemeinschaft ausübte, war stark genug, um zunächst Württemberg und Baden für die Ausdehnung der Gemeinschaft zu gewinnen. In Mittel- und Norddeutschland hatte sich das ehemalige Königreich Sachsen nicht ausgeschlossen, während das Eisenbahnwesen der übrigen Bundesstaaten ja ohnedies schon der preussischen Verwaltung unterstellt war. Für die Reichsbahn bestand nach deren Gründung an sich die Aufgabe, für den Ausbau des Verkehrsnetzes zu sorgen. Allein gerade hier sind der Reichsbahn durch den Damesplan die Hände gebunden. Die Mittelungen, die der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, über die Betriebslage der Eisenbahn machte, ließen doch deutlich erkennen, daß die Reichsbahnverwaltung selbst die Fesseln des Damesplanes spürt. Die Reichsbahn hat das durch den Ausbau im Kriege und in den Internationalen Jahren heruntergewirtschaftete Verkehrsnetz übernehmen müssen. Ebenso nachteilig war der Verlust des besten rollenden Materials auf Grund des Versailler Vertrages.

Wie sehr die Reichsbahn diesen Verlust spürt, hat das Unfälle bei Dinkelscherben gezeigt. In dem Unglückszug befanden sich technisch völlig unausgeglichene Personenwagen. Wenn die Reichsbahn nicht gezwungen wäre, den gesamten Verkehrsüberfluß an die Gläubiger Deutschlands anzuliefern, so würden solche Personenwagen nicht mehr auf deutschen Bahnen laufen.

Es darf hier daran erinnert werden, daß das Wagenmaterial der preussisch-sächsischen Staatsbahn vor dem Kriege in ganz Europa als musterhaft galt. Die Tatsache, daß die Reichsbahn die Tarife erhöhen muß, um die unbedingt notwendigen Mittel für die Erneuerung des Überbaues und des rollenden Materials zu erhalten, beweist jedenfalls klar, daß die Damesbelastung für die Reichsbahn zu hoch ist. Das ist umso mehr der Fall, als mit einer gleichmäßigen Erleichterung der Einnahmen auf Grund der bisherigen Tarife kaum zu rechnen ist. Alle Kritik an der Reichsbahn muß davon ausgehen, daß es auf die Dauer untragbar ist, ihr die finanziellen Mittel durch die Dameslast zu entziehen, die für die Betriebssicherheit bestimmt sind.

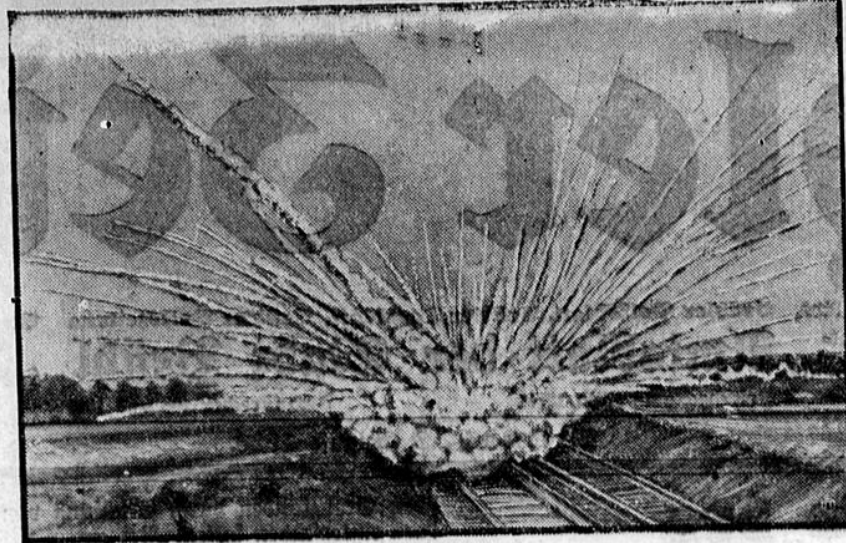
Der Fall Lambach

Und seine Auswirkungen.

Aus parlamentarischen Kreisen erhalten wir folgende Auskunft:

Wenn man bei den zentralen Parteinstanzen der Deutschnationalen Volkspartei etwa der Meinung gewesen sein sollte, daß durch den vom Potsdamer Parteigericht verfügten Ausschluß Lambachs die gegen den Kurs und die Führung der Partei gerichtete Bewegung der deutschnationalen Jugend zum Stillstand gebracht und der Burgfrieden wieder hergestellt worden sei, so hätte man sich, wie die letzten Ereignisse beweisen, abermals einer großen Täuschung hingeben. Der Ausschluß Lambachs hat nicht nur in den Kreisen der Angehörigen, sondern auch bei den deutschnationalen Arbeitern und nicht zuletzt bei den Jungadamen, die Mitglieder der Deutschnationalen Partei sind, eine große Erregung hervorgerufen.

Wenn man bedenkt, daß neben dem Zentrum die Deutschnationale Volkspartei die meisten deutschen Arbeitnehmer umfaßt, die sich zu einem nationalen und christlichen Wirtschaftsethos be-



Die neue Opel-Katete explodiert

Eine geschickte Aufnahme unseres Photographen

Der neue Katetenwagen Fritz von Opels ist bei einem Startversuch in der aller Heimlichkeit bei Burgweil vorgenommen wurde, da die Eisenbahn das Gelände nur unter der Bedingung der völligen Geheimhaltung zur Verfügung stellte nach kurzem Anlauf von etwa 70 Meter explodiert. Dabei wurde der schwere Wagen ungefähr 50 Meter hoch in die Luft geschleudert, wo seine einzelnen

Teile auseinanderflogen. Unser Photograph hat diesen Moment sehr geschickt erfaßt: Man sieht wie die einzelnen Teile rechts und links in die Felder sausen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Die Eisenbahnbehörde und der Landrat haben aber die Vornahme weiterer Versuche verboten.

kennen, so würde es für die deutschnationale Partei geradezu politischen Selbstmord bedeuten, wenn sie an dieser Bewegung achlos vorbeigehen wollte. Es hat zwar nicht übermäßig aber doch großes Aufsehen erregt, daß nunmehr auch der Geschäftsführer des deutschnationalen Arbeiterbundes, der preussische Abgeordnete Wilhelm Lindner sich in einem sehr scharf gehaltenen Artikel reiflos mit dem Führer der deutschnationalen Angestellten, Lambach solidarisch erklärt und in schärfster Weise gegen die angeblich sozialreaktionären Tendenzen der Partei Front macht. Es bedeutet eine vollkommene Verleumdung der Situation, wenn die ultrareaktionäre Deutsche Zeitung den Artikel Lindners zum Anlaß nimmt, um nunmehr auch den Anschluß dieses Parteimitgliedes zu fordern.

Der Artikel Lindners verdient deshalb besondere Beachtung, weil demnach, am 19. 8., der deutschnationale Arbeiterbund zu einer ordentlichen Bundestagung in Bielefeld zusammentritt, um auch seinerseits zu den inneren Auseinandersetzungen in der Partei Stellung zu nehmen. Im allgemeinen tagt dieser Arbeiterbund nur zusammen mit den deutschnationalen Parteitag. Wenn man sich nunmehr zur Einberufung einer Ordentlichen Bundestagung entschlossen hat, obwohl in diesem Jahre ein deutschnationaler Parteitag nicht stattfindet, so beweist schon dieser Umstand, daß der deutschnationale Arbeiterbund entschlossen ist, von sich aus zu den Leuten, die sich aus den letzten Vorgängen ergeben, Stellung zu nehmen. Wie wir erfahren, beabsichtigt man auf der Bielefelder Tagung, das organisatorische Verhältnis des Arbeiterbundes zur deutschnationalen Partei in den Mittelpunkt der Beratungen zu stellen. Ähnlich wie beim Landbund bestehen auch beim deutschnationalen Arbeiterbund Verstimnungen über die engen Verbindungen mit der Partei, und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch beim deutschnationalen Arbeiterbund wesentliche Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand eintreten werden.

Ein Zentrumsantrag im preussischen Landtag von Trier und Hunsrück.

Berlin, 7. August. Der Zentrumsabgeordnete Jakob und Genossen haben im preussischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Anfang Juli hat ein furchtbares Unwetter die Gegenden von Trier und Hunsrück außerordentlich stark in Mitleidenhaft gezogen. Am meisten geschädigt wurden die Gegenden von Bilsdorf und der Kreis Berncastel. Fast die gesamte Ernte ist vernichtet. Die betroffenen Landwirte sind infolgedessen in außerordentlich schwieriger Lage. Zur Erleichterung kämen in Frage: Steuererleichterung; Beschaffung von Brotfrucht; Beschaffung von Saatgut für die Herbst- und Frühjahrspflanzung. Am wichtigsten jedoch ist die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, damit die Landwirte durch Verdienstmöglichkeit ihr und ihrer Familie Leben fristen können; Hergabe von Mitteln zum Straßenbau durch den Staat könnte diese Erleichterung gewähren, zumal die Gemeinden sich bereit erklärt haben, geldliche Opfer für den Wegebau zu leisten. Wir fragen an, ist die Staatsregierung bereit, den durch das Unwetter so hart betroffenen Volksgenossen auf dem oben angedeuteten Wege Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen?“

Neuer Attentatsversuch in Agram?

Belgrad, 8. Aug. Nach einer Agramer Meldung sind in der gestrigen Nacht zwei unbekannte Männer im Garten der Villa Stefan Radichs von den dort aufgestellten Geheimpolizisten entdeckt worden. Die Unbekannten ergriffen aber auf Anruf die Flucht. Sie konnten trotz eifrigster Bemühungen nicht festgenommen werden. Es wird angenommen, daß es sich um einen Attentatsversuch auf Stefan Radich gehandelt hat.

Brüsseler Sozialistenkongress

Brüssel, 7. August. Der internationale Sozialistenkongress wurde am Sonntag mit einer Rede Hendersons eröffnet. Henderson kritisierte in seiner Rede den Kriegskriegspakt Kellogg und erklärte u. a., die Sieger des Weltkrieges könnten leicht auf den Krieg verzichten, denn dieser Verzicht schließe nur die Aufrechterhaltung des Status quo und der Friedensverträge in sich. Ein solcher Pakt verleihe aber demnach die Gründe für die Abweisung, die Räumung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die politische Kommission tagte unter Vorsitz Vanderveldes. Der von England eingebrachten Resolution wurde grundtätig zugestimmt. Ihr Inhalt betrifft das Einverständnis mit dem Kellogg-Pakt, sowie die Räumung des Rheinlandes. Ein besonderer Redaktionsausschuß wurde mit der letzten Fassung der Resolution beauftragt.

Südtirol-Entschließung der kath. Studenten

Kachen, 7. August. Der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (C.V.) hat am Schluß seiner 58. Tagung eine Entschließung angenommen, in der er als deutscher Verband seiner tiefsten Entrüstung Ausdruck gibt über die jedem Recht und jeder Kultur höhnisch behandelnde Behandlung seiner Volksgenossen südlich des Brenners. Es sei nationale Pflicht, der dem Verbande angeschlossenen Verbindungen, in ihren Mitgliedschaften werttätiges Interesse für das deutsche Leid in Südtirol stets wahrzunehmen und zu pflegen. — Zum Vorort des C.V. für das nächste Jahr wurde Wien bestimmt.

Um die Wiederwahl Spaniens in den Rat.

Genf, 7. August. Frankreich und England haben den gleichzeitig auch von Deutschland dem Generalsekretariat d. Völkerverbunds unternommen Schritt, der die Wiederwahl Spaniens in den Völkerverbund bezweckt, durch besondere Schreiben begründet. Beide Briefe wurden heute Abend vom Generalsekretariat veröffentlicht. Der Brief der französischen Regierung schlägt vor, daß die bevorstehenden Ratswahlen nochmals unter die gleichen Bedingungen gestellt werden, wie die vor zwei Jahren und die Bundesversammlung damit die Möglichkeit erhalte, die Wiederwahlbarkeit eines nichtständigen Ratmitgliedes sofort nach seiner Wahl anzustreben. Der Brief der englischen Regierung begründet den gleichen Vorschlag.

Kleine Anfragen

Berlin, 7. Aug. Auf eine Anfrage, die von Mitgliedern der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages gestellt wurde, teilt der preussische Handelsminister mit, daß eine Beschränkung der Kohleneinfuhrgenehmigungen bei Fällen, in denen es sich um nachweisbar nicht gut rentierende Industriebetriebe handelt, würde eine Prüfung der Rentabilität dieser Industriebetriebe erfordern, die nach Mitteilung des Reichswirtschaftsministers verwaltungstechnisch kaum durchführbar wären und das Genehmigungsverfahren in einem nicht tragbaren Umfang erschweren würden.

Berlin, 7. Aug. Auf eine Anfrage, in der die Beschränkung des Zusammenlegungsverfahrens in der Rheinprovinz gefordert wird, wird vom preussischen Landwirtschaftsminister mitgeteilt, daß zurzeit Ermittlungen schweben, ob eine beschleunigte Durchführung der Umlegung ohne erhebliche Vermehrung der Beamten möglich ist, diese Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Botschafter von Britwih und Gaffron in Berlin

Berlin, 8. Aug. Wie wir erfahren, traf am Donnerstag der deutsche Botschafter in Washington, von Britwih und Gaffron, in Hamburg ein, um seinen diesjährigen Urlaub in Deutschland zu verbringen. Während seines Aufenthaltes in Berlin wird der Botschafter vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Protest des mexikanischen Klerus.

Mexico-City, 2. Aug. Die katholische Geistlichkeit hat gestern in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der entschieden jede Mitschuld des Klerus am Tode Obregons bestritten wird. An der Bluttat sei die mexikanische Geistlichkeit völlig unschuldig.

Westdeutschland

• Köln. (Verfassungsfeier in Köln.) Aus Anlaß des Jahrestages der Verfassung des Deutschen Reiches veranstaltete die Stadt Köln im großen Gürtenhofsaal am Samstag vor-mittag eine öffentliche Feier. Seitens der Republikanischen Arbeitsgemeinschaft in Köln wird die Bevölkerung Kölns zu einer gemeinsamen Verfassungsfeier für Freitagabend in die große Festhalle der Kölner Messe eingeladen. Bei dieser Feier wird Herr Reichsinnenminister Severing die Festrede halten.

• Sigmaringen. (Autoverkehr im Siebengebirge.) Mit dem 1. August ist der Autoverkehr auf den Straßen des Siebengebirges verboten worden. In Verbindung mit der Diskussion über das Thema „Stienbacher Straße“ beschäftigt sich der Verkehrsverein auch mit den allgemeinen Verkehrsproblemen des Siebengebirges, die an dieser Stelle kurz erwähnt seien. Tatsache ist, daß man dem Verkehrsverein für das Siebengebirge für seine Tätigkeit außerordentlich dankbar sein muß. Er hat zur Erhaltung dieses einzigartigen Landschaftsbildes unermüdetes gegeben, indem er dem „Abbruch“ des Gebirges Einhalt gebot, seine Wälder schützte und neue Pflanzungen anbaute. Wandern und Schifffahrt sind jetzt selbstverständlich auch durch Anlauf des größten Teils des Gebirges, so daß er heute als Herr im eigenen Hause frei schalten und walten kann.

• Marburg. (Marburger Studentenrat am Siebengebirge.) Daß ein Angehöriger der amerikanischen Milliardärfamilie Morgan in Begleitung seines persönlichen Dieners in Marburger Hochsaison, die sich durch die zahllosen studentischen Stiftungsfeiern am Ende des Sommerfester herausbildet, miterlebt und finanziell unterstützt, war eine Kunde, die viele gläubige Seelen fand. Seit Mitte der vorigen Woche, so flüsternde man sich zu, weilte er in Marburgs Mauern, und daß es bei den verschiedenen Veranstaltungen so hoch hergegangen, sei seiner Freigebigkeit zu danken, sagten ganz Wissende gebührendst huz. Am Montag, bei einer studentischen Fächerversammlung, die er als deutscher Verband seiner tiefsten Entrüstung Ausdruck gibt über die jedem Recht und jeder Kultur höhnisch behandelnde Behandlung seiner Volksgenossen südlich des Brenners. Es sei nationale Pflicht, der dem Verbande angeschlossenen Verbindungen, in ihren Mitgliedschaften werttätiges Interesse für das deutsche Leid in Südtirol stets wahrzunehmen und zu pflegen. — Zum Vorort des C.V. für das nächste Jahr wurde Wien bestimmt.

• Gnanau. (Vater und Tochter getötet.) Ein schweres Kraftwagenunglück ereignete sich in der Nähe von Gnanau an der Bergstraße. Der Schlossbesitzer Heinrich Jung aus Gnanau beabsichtigte, im Kraftwagen seine beiden Töchter nach ihrer Erholungsstätte zu bringen. In der Nähe von Gnanau fuhr der Wagen, als eine Kurve genommen werden sollte, gegen einen Baum. Jung war sofort tot, seine 29 Jahre alte Tochter Elisabeth starb auf dem Transport nach Darmstadt. Die Mutter und die zweite Tochter Jung wurden leicht verletzt.

• Diersbach. (Überleben.) (Mehrfache Familien durch Feuer obdachlos.) In dem zu Wohnzwecken benutzten Rechenhaus des ehemaligen Bergwerkes Diersbach brach mittags Feuer aus, das sich mit großer Geschwindigkeit über das ganze Gebäude ausbreitete. Die Bewohner waren schwer verletzt, da die Wasserverhältnisse an der hochgelegenen Brandstelle sehr ungünstig waren. Durch einen unglücklichen Zufall war auch die Friedberger Motorspritze, die wohl hätte helfen können, telefonisch nicht zu erreichen. Die Gebäude brannten bis auf die Grundmauern nieder. Die Bewohner der oberen Stockwerke durchweg arme Leute, konnten nur das nackte Leben retten.

• Duisburg. (Ein trauriges Bild fogalen Elends.) Ein Arbeiterpaar, das in einem Hause in der Schweizerstraße eine Notwohnung, bestehend aus Küche und Schlafzimmern, innehat, hatte zu ihrem fünfjährigen Söhnchen vor einiger Zeit noch Zwillinge bekommen, von denen einer dieser Tage an seinem Gummistiefel erkrankte. Dieser Vorfall und das vergebliche Bemühen um eine ordentliche Unterzukunft haben (schonbar die Frau zu einer Wahnsinnskur getrieben. Sie erkrankte ihr fünfjähriges Söhnchen in einer Badewanne, während sie dann den Gashahn öffnete, um sich selbst das Leben zu nehmen. Unmittelbar darauf versuchte die Frau sich vom dritten Stockwerk in den Gassfluß zu stürzen. Auch von diesem Vorhaben konnte sie abgehalten werden.

Das jüngste Unwetter, das vornehmlich über Süd- und Ostdeutschland und Tirol hernieberging, hat nach den aus allen Gegenden einlaufenden Nachrichten, weit größeren Schaden angerichtet, als man anfänglich annahm. In der Bergflur sind die Sturmverwüstungen schlimmer, als bei der Katastrophe vor drei Monaten. Auf dem Seidenbucher Höhe legte der Sturm ca. 80 Fessmeter Buchenwald nieder. Nebel mitgenommen wurden die Fernleitungen nach Bensheim und Darmstadt. Im Stedwald liegt wieder eine Anzahl Buchen entwurzelt am Boden. Viele Obstbäume wurden weggesägt, umgebrochen oder geknickt. Im Lauterthal ging ein weitenbruchartiger Eishagel nieder. Die Frucht, die noch auf dem Saline stand, ist gänzlich verloren. Dide und große Bäume wurden entgelbrochen. Kaum ein Einwohner hat gegen Schaden versichert. Zwei Stunden nach dem Unwetter lagen die Hagelförner noch teilweise sehr hoch. Der Schaden ist unüberschbar. Alle Straßen, Gassen, und Wege wurden plötzlich zu schlammigen Gießbächen. Auch im Taunus hat das Unwetter fürchterlich gewüthet. Hagel u. Wolkenbruch vernichteten in den Feldmarken von Hattenhausen, Wödenhausen, Niederjossbach, Erlenbach, Oberjossbach und Mieretal die Ernte nahezu vollständig. Fürchterlich ist das im Taunus.

